"Nur jener Staat wird auf die Dauer in der modernen Industriegesellschaft..."

Autor(en): **Buchegger, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 2

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338652

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Beschwerde gegen Israel innerhalb der Vereinten Nationen angenommen werden kann; aber jede Beschwerde gegen einen arabischen Staat wird durch ein sowjetisches Veto abgetötet. An diesem Sachverhalt lässt sich nichts ändern, und man muss sich eben nach der Deck strecken, weil schliesslich ein schlechter Frieden immer noch besser ist als gar kein Frieden. Unter diesem Gesichtspunkt muss man auch die jetzt aktuelle Frage der Zulassung der DDR zu den Vereinten Nationen und ihrer Anerkennung durch jene Staaten sehen, die ihr bisher diese Anerkennung verweigert haben. Die Bundesrepublik Deutschland, der einzige wirklich demokratische, friedliebende und zugleich sozial-fortschrittliche deutsche Staat, hat sich bisher nicht um die Aufnahme in die Vereinten Nationen beworben, weil sie im Einvernehmen mit den Westmächten die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands vorangestellt hatte. Das hat sich nun geändert, aber ein Aufnahmeantrag der Bundesrepublik würde am sowjetischen Veto scheitern, wenn nicht gleichzeitig die Aufnahme der DDR erfolgte. Die DDR erfüllt keineswegs die von der Charta verlangten Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Das gleiche gilt aber für eine Reihe von Staaten, die der Organisation bereits angehören und nur darum ist es unlogisch, der DDR weiter die Mitgliedschaft vorzuenthalten. Es kommt schliesslich nicht darauf an und verändert an den Mehrheitsverhältnissen nichts, wenn statt zehn elf Satelliten der Sowjetunion Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Hingegen ist der Einzug der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen ein vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus und der Demokratie im Weltmassstab so wichtiges und begrüssenswertes Ereignis, dass man den dafür zu zahlenden Preis, nämlich die Zulassung eines kommunistisch dirigierten Unrechts- und Aggressorstaates, verhältnismässig leicht in Kauf nehmen kann.

Dr. J. W. Brügel

Nur jener Staat wird auf die Dauer in der modernen Industriegesellschaft mit ihren rapiden industriellen, technischen und sozialen Veränderungen bestehen können, der sich intensiv mit bildungspolitischen Problemen beschäftigt; diese Beschäftigung bedarf jedoch auch aller notwendigen finanziellen Konsequenzen!

Franz Buchegger in «Die Zukunft»